

SVR Hongkong

Günter Schucher und Katrin Willmann

Gewalt in der Familie nimmt zu

Die Fälle von häuslicher Gewalt, d.h. von Kindesmissbrauch und Gewalt gegen Ehepartner, haben in Hongkong im Jahr 2005 ein vorläufiges Rekordhoch erreicht. Die Wohlfahrtsabteilung der Regierung registrierte 763 Fälle von Kindesmissbrauch und damit 23% mehr als im Vorjahr – oder 145% mehr als noch 1996. Die Gewalt gegen Ehepartner stieg um 7% gegenüber 2004 auf 3.598 Fälle. Der Vorsitzende des Panels für Wohlfahrtsdienste im Legislativrat bezeichnete daher die Maßnahmen, die die Regierung nach einem tragischen Fall im Jahr 2004 ergriffen hat, bei dem ein Ehemann erst seine Frau und zwei Töchter und schließlich sich selbst umbrachte, als völlig ineffektiv. Als Ursachen für die Gewaltzunahme sieht er verschiedene soziale Faktoren, darunter die Städteplanung und fehlende Arbeitsmöglichkeiten. Wie er sehen auch Aktivisten von NGOs in den offiziellen Zahlen nur die Spitze eines Eisbergs. Die Wohlfahrtsabteilung hält dagegen, dass erst das gestiegene öffentliche Interesse und die frühzeitige Beachtung des Problems durch Polizei und Regierung zu einer vermehrten Kenntnis und damit zu höheren Zahlen geführt haben. (SCMP, 21.4.06) -gs-

Zahl der Selbstmorde gesunken

Die Selbstmordrate in Hongkong hat im Jahr 2004 nach einem Rückgang um 18% den niedrigsten Stand in den letzten 20 Jahren erreicht; die Zahl der Selbstmörder betrug 1.053. Noch im Vorjahr hatte sie mit 18,6 Selbstmorden auf 100.000 Bewohner einen Höhepunkt erreicht, 2004 sank sie auf 15,3. Erwartet wird nun, dass sie im Jahr 2005 unter den Weltdurchschnitt von 15 auf 100.000 Menschen gesunken ist. Allerdings liegt sie mit 15,3 um rund 50% höher als in Großbritannien und den USA. Begrüßt wird der Rückgang bei den 40- bis 59-jährigen Männern, allerdings ist die Zahl bei Jugendlichen von 15-24 kaum gesunken. Wenn als Begründung für den Rückgang die verbesserte Wirtschaftslage gesehen wird, dürfte dies nur einer der möglichen Gründe sein, denn in anderen asiatischen Ländern liegt sie z.B. höher – trotz des Wirtschaftswachstums: In Japan stieg sie 2004 auf 25,3, in Taiwan auf ein „Rekordhoch“ von 15,3. Für Festlandchina und Singapur werden die Raten mit 13,9 und 10 angegeben. (SCMP, 28.4.06) -gs-

Studenten beklagen zu hohe Gebühren

Seit dem Beginn der 1990er-Jahre sollen die Studiengebühren für Studenten (*undergraduates*) 18% der Kurskosten nicht übersteigen. Da allerdings die Kurskosten aufgrund der Deflation seit 2001 gesunken, die Gebühren aber seit 1998 auf dem gleichen Niveau geblieben sind, wurden den Studenten in

den letzten fünf Jahren 691 HK\$ zuviel an Gebühren abverlangt. Das Erziehungsministerium sieht dennoch keine Veranlassung, die Gebühren zu senken, die derzeit 20,3% der Kurskosten betragen. Im Gegenteil will es die öffentlichen Ausgaben für die Hochschulen bis 2008 einfrieren und auch in Zukunft die Gebühren auf ihrem jetzigen Niveau belassen. Damit zahlt jeder Student in Hongkong in jedem der nächsten zwei Jahre rund 5.000 HK\$ mehr als ursprünglich festgelegt. (SCMP, 10.4.06) -gs-

Höchste Wettbewerbsfähigkeit

Forscher der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften in Beijing haben zusammen mit der Chinese University in Hongkong 200 Städte auf dem Festland und auf Taiwan verglichen und für das Jahr 2006 einen Wettbewerbsindex erstellt. Danach nimmt Hongkong in der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit den Spitzenplatz ein, da es über die qualifiziertesten Talente verfügt, die höchste Innovationskapazität besitzt und eine effektive Regierung sowie einen aktiven Markt vorweisen kann. In drei Bereichen allerdings muss die Stadt anderen die Führung abtreten. So kommt sie bei der Lebensqualität aufgrund der Wohnungsknappheit und schlechter Umweltbedingungen nur auf Platz 4, nach Taipeh, Shenzhen und Gaoxiong, aber vor Beijing. Auch ist Hongkong nicht die führende Industriestadt, in der industriellen Wettbewerbskraft liegt Beijing vorn, Hongkong folgt vor Shanghai. Und bei der Leistungsfähigkeit seiner öffentlichen Abteilungen liegt die Stadt nach Taipeh an zweiter Stelle. (SCMP, 8.4.06) -gs-

Sechs Bedingungen für allgemeines Direktwahlrecht

Ende April 2006 stießen kritische Äußerungen führender festländischer Rechtsexperten die Diskussion um die Wahlrechtsreform in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong erneut an. Erst im Dezember 2005 war der Vorschlag zur Wahlrechtsreform der Regierung unter *Chief Executive* Donald Tsang in der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) am Widerstand des prodemokratischen Parteienlagers und der parteiunabhängigen prodemokratischen Abgeordneten gescheitert (vgl. C.a., 1/2006, S. 137-138). Eine erste Änderung des Wahlrechtsmodus für die Wahl des nächsten Regierungschefs und des LegCo zu den nächstmöglichen Terminen 2007/08 ist seither auf Eis gelegt.

Prof. Wang Zhenmin, Prodekan der juristischen Fakultät der Qinghua Universität in Beijing und Mitglied des in Verfassungsfragen beratenden *Basic Law Committee*, führte anlässlich eines Seminars zum Hongkonger Grundgesetz (*Basic Law*, BL) Ende April in Beijing sechs Vorbedingungen für die Einführung des allgemeinen Direktwahlrechts in der SVR an, die seiner Ansicht nach noch nicht erfüllt seien. Demnach müsste erstens ein Antisubversionsgesetz nach Artikel 23 des BL verabschiedet werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf war im September 2003 aufgrund der Massenproteste der Hongkonger Bevölkerung zurückgezogen worden (vgl. C.a, 2003/9, Ü 25). Zweitens müsse innerhalb der Hongkonger Gesellschaft ein Konsens über die weitere Demokratisierung hergestellt sein, den es so nicht gebe. Als In-

dikator dafür wertete Wang die Ablehnung des Reformpakets Donald Tsangs vom Dezember 2005. Drittens müsse die patriotische Erziehung der Bevölkerung gewährleistet sein. Den Vorwurf, nicht patriotisch genug und daher nicht geeignet zu sein, die SVR zu regieren, hatte Beijing zuletzt den prodemokratischen Kräften im Vorfeld der dritten LegCo-Wahlen im September 2004 gemacht (vgl. C.a., 2/2004, Ü 28; 9/2004, S. 1005-1014). Die folgenden drei weiteren Bedingungen des Rechtsexperten wurden in den Hongkonger Medien ohne detaillierte Ausführungen benannt. So sei eine Gesetzgebung zur Kontrolle der politischen Parteien notwendig. Ferner müsse die gleichgestellte Partizipation in der Politik erreicht sein; außerdem sei es nach Meinung Wangs zu früh, die wirtschaftliche Macht neu zu verteilen.

Xu Chongde, festländischer Rechtsexperte und Mitverfasser des BL, betonte ebenfalls den Patriotismus als notwendiges Kriterium für eine Regierungsfähigkeit der politischen Führer in Hongkong. Außerdem hob er die seines Erachtens geringe Bedeutung von allgemeinen Direktwahlen für die weitere Demokratisierung der SVR hervor. So kritisierte er die Democratic Party vielmehr dafür, die Hongkonger Bevölkerung irrezuführen durch ihre „blind worship of universal suffrage“ (SCMP, 28.4.06).

Vertreter des prodemokratischen Lagers wie Ronny Tong von der neu gegründeten Civic Party und Albert Ho von der Democratic Party werteten diesen neuerlichen Anstoß der Demokratisierungsdebatte von festländischer Seite als gezielten Versuch, die Hoffnungen auf Wahlrechtsreformen nach der Wahl des nächsten *Chief Executive* im

Jahr 2007 zu dämpfen. Die Rechtsexperten hätten damit erneut als Sprachrohr der parteistaatlichen Führung fungiert. Die Relevanz der angeführten Bedingungen für die Einführung allgemeiner Direktwahlen stellten sie erwartungsgemäß in Abrede. Einzelne Bedingungen wurden sogar von James Tien, Vorsitzender der regierungsfreundlichen Liberal Party, als haltlos kritisiert.

Das 12-köpfige *Basic Law Committee* des Ständigen Ausschusses des NVK, dem paritätisch sowohl Hongkonger als auch festländische Vertreter angehören, gab Ende Mai dieses Jahres indes bekannt, nicht mehr nur zur Interpretation und Modifizierung des BL zusammenzukommen, wie es in der Vergangenheit praktiziert wurde. Stattdessen werde sich das Gremium nach Aussagen der Ende Februar d.J. ernannten Vizedirektorin Elsie Leung, frühere Hongkonger Justizministerin, künftig alle sechs Monate beraten. Nach den bisherigen drei Interpretationen des BL in den Jahren 1998, 1999 und 2004 werde ein Inhalt der Konsultationen der Konflikt um die Zuständigkeit und Notwendigkeit von Auslegungen sein, so Leung. (SCMP, 28., 29.4., 4.5.06; *The Standard*, 31.5.06, nach BBC PF, 1.6.06) -kw-

Diskussion über die Parteilichkeit des Regierungschefs

Für Unstimmigkeiten innerhalb des politischen Parteienlagers sorgte im Berichtszeitraum April bis Mai 2006 die von prodemokratischer Seite vorgeworfene Hinwendung des Hongkonger Regierungschefs (*Chief Executive*) Donald Tsang zur Democratic Al-

liance for the Betterment and Progress of Hong Kong (DAB).

Tsang hatte im April dieses Jahres eine Wahlkampfveranstaltung der DAB und ein Treffen der Parteispitze besucht sowie in einem beispiellosen Schritt wichtige Mitglieder seines Kabinetts, des *Executive Council*, zu einem Brainstorming der regierungsfreundlichen Partei gesandt. Hierbei handelte es sich um den *Chief Secretary*, Rafael Hui, und den Minister für Verfassungsfragen, Stephen Lam. Das prodemokratische Lager warnte vor derartigem dubiosen Verhalten, das den Eindruck geheimer Absprachen erwecke, so das Mitglied der Civic Party, Ronny Tong. Als Indiz dafür wurde gewertet, dass die DAB im zeitlichen Gefolge ihren Widerstand gegen das Bauprojekt für einen neuen Regierungssitz aufgegeben hatte (siehe Dokumentation unten). Die DAB verwies in ihrer Reaktion auf die Vorwürfe lediglich auf die notwendige Kommunikation zwischen der Partei und dem *Chief Executive*.

Um derartigen Diskussionen und Unterstellungen ein Ende zu setzen und die Weiterentwicklung des politischen Parteiensystems voranzutreiben, brachten der frühere Vorsitzende der Democratic Party und Abgeordnete der Legislativversammlung, Yeung Sum, und der Vorsitzende der Liberal Party, James Tien, Anfang Mai einen Antrag zur Änderung des *Chief Executive Bill* ein, demzufolge dem nächsten *Chief Executive* eine Parteimitgliedschaft gestatten worden wäre. Die Parlamentspräsidentin Rita Fan lehnte den Entwurf jedoch ab. (SCMP, 10., 22.4.06; RTHK Radio 3, 4.5.06, nach BBC PF, 5.5.06) -kw-

Bau eines neuen Regierungskomplexes

Während des Wahlkampfes im Juni 2005 hatte der Regierungschef (*Chief Executive*) der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong, Donald Tsang, angekündigt, im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs das so genannte „Tamar-Projekt“ wieder aufleben zu lassen. Dabei handelt es sich um Regierungspläne für den Bau eines neuen Regierungskomplexes, der alle Regierungsabteilungen auf einem Areal vereinen soll. Bereits bestehende Pläne waren seit November 2003 aus finanziellen Gründen nicht weiter verfolgt worden.

Das 4,2 ha umfassende Tamar-Gelände liegt am Hafen von Hongkong Island, dem Geschäfts- und Bankenzentrum Hongkongs, und war während der britischen Kolonialherrschaft als Marinestützpunkt genutzt worden. Die Regierungspläne sehen vor, an diesem letzten verbliebenen freien Hafengelände auf Hongkong Island, einen Regierungskomplex zu bauen, der deutlich größer wäre als der jetzige. *Chief Executive* Tsang wird zum Bau des Tamar-Projekts Ende Mai und Anfang Juni 2006 beim Finanzausschuss (*Finance Committee*) und beim Ausschuss für öffentliche Bauvorhaben (*Public Works Committee*) der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) Finanzmittel in Höhe von 5,1 Mrd. HK\$ beantragen müssen.

Bereits im Vorfeld kam es in der Hongkonger Öffentlichkeit zu hitzigen Diskussionen über die Notwendigkeit des Projekts an sich sowie seine Kosten. Zunächst hatte es parteiübergreifend scharfe Kritik an den Bauplänen auf Hongkong Island gegeben.

Auf prodemokratischer Seite hatten sowohl die Democratic Party als auch die Civic Party ihren Widerstand gegen die Pläne kundgetan. Hinzu kamen ein parteiunabhängiger Abgeordneter im LegCo und die regierungsfreundliche Democratic Alliance for the Betterment and Progress of Hong Kong (DAB). Inzwischen rückten allerdings nicht nur die DAB, sondern sogar die Democratic Party von ihrem Einspruch ab und sicherten ihre Zustimmung für das Tamar-Projekt zu.

Kritiker des Tamar-Projekts wie der unabhängige Thinktank Civic Exchange würden das Gebiet lieber der Öffentlichkeit zugänglich machen, z.B. durch Umwandlung in einen öffentlichen Park, und warnen eindringlich vor den befürchteten Umweltbelastungen. So prognostizieren Umweltexperten wie Prof. Barron vom Umweltinstitut der Hongkong University, dass sich durch die zusätzlichen Hochhäuser Abgase kaum mehr verteilen könnten. Die Hongkonger Regierung ist seither bemüht, derartige Bedenken durch eigene Untersuchungen zu entkräften. Neben der Möglichkeit, auf dem Tamar-Gelände im Sinne einer effektiven Regierungsarbeit alle wichtigen Regierungsgebäude vereinen zu können, setzte *Chief Executive* Tsang die Kosten für eine notwendige Renovierung und Modernisierung der 50 Jahre alten Regierungsgebäude auf Kowloon entgegen. Inwiefern der Widerstand durch Kritiker wie die Civic Party die Umsetzung des Tamar-Projekts noch verzögern oder modifizieren kann, bleibt abzuwarten. (SCMP, 4.4.06, 15., 23., 26., 27.5.06; ST, 20.4.06) -kw-

SVR Macau

Liu Jen-Kai

1.-Mai-Demonstrationen

Am 1. Mai kam es zur größten Demonstration in Macau seit der Rückkehr zur VR China Ende 1999, ein seltenes Schauspiel für die sonst so auf Harmonie und Konsens bedachte SVR. Über 5.000 Bürger protestierten gegen die Arbeitspolitik Macaus. Die Mehrheit bildeten Arbeiter mittleren Alters, viele arbeitslos und erbost über den Anstieg der importierten Arbeitskräfte und die unterstellte Absprache zwischen Regierung und Geschäftsleuten. Auch der Rücktritt des Direktors des Labour Affairs Bureau, Shuen Ka-hung, wurde gefordert. Die Demonstration war von acht kleinen unabhängigen Gewerkschaften organisiert worden. Einer ihrer Sprecher stellte die Glaubwürdigkeit der von der Regierung veröffentlichten Arbeitslosenquote von 3,9% in Frage. „We believe the rate is about 4.5 per cent. The government understates the jobless rate by counting imported workers into the workforce“ (SCMP, 2.5.06). Die pro-Beijinger Federation of Trade Unions, ein Dachverband, der die meisten Gewerkschaften in Macau kontrolliert, hatte sich vom Protestzug ferngehalten. 25 Beamte und zwei Demonstranten wurden verletzt, vier Demonstranten festgenommen, aber wieder freigelassen.

Im Mai 2000 hatten schon einmal über 1.000 Arbeiter ihrem Unmut über den Import von Arbeitskräften Luft gemacht. Macau mit einer Bevölkerung von über 480.000 Menschen hat zurzeit ein lokales Arbeits-